

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Volkes und Provinziales Reich, Dresdener, für die Inserate Rudolf Roganski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Wollender, Weipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Weipzig, Königsstr. 5.

Verlagspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanfragen vierteljährlich 2.70 M. ohne Befragel. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigensgebühren: Die Zeitg. Kolonelle 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 2 Pfennig, im Restamtlet Seite 75 Pfennig. Verlags-Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 9407. — Zeitungspreissliste Seite 411.

Nr. 245.

Halle, Dienstag den 22. Oktober 1918.

2. Jahrgang.

Die deutsche Antwort.

St. Die Wahrscheinlichkeit, daß die deutsche Antwortnote an Wilson unmittelbar zur Einstellung der Feindseligkeiten führen wird, ist nicht besonders groß. Änderungen der Ententepräzise lassen darauf schließen, daß in der Frage der Waffenstillstandsbedingungen feste Abmachungen zwischen Wilson und seinen Ententegegnern bestehen. Abmachungen, die sehr viel weiter gehen als die Aneerbetungen der deutschen Note. Die Militärs der Gegenseite verlangen Kapitulation und Waffenlieferung bedingungslos unterwerfung, andernfalls sind sie gewillt, den Krieg weiter fortzuführen. Sie handeln damit eben wie alle Generale, die sich ihre Lorbeeren nicht entgehen lassen wollen, mag ihr Ruhm der übrigen Menschheit auch noch so viel Blut kosten.

Als also ein sofortiger Waffenstillstand als Erfolg der deutschen Note kaum zu erwarten, so wird sie doch dazu beitragen, eine gewisse Bestimmung auf der andern Seite herbeizuführen und das Kriegsende zu beschleunigen. Demen, die fragen: Wie lange noch? kann eine zahlenmäßig bestimmte Antwort nach Tagen oder Wochen nicht gegeben werden, aber mit einer an Gewissheit grenzenden Sicherheit kann man sagen: Nicht lange mehr! Die letzten Stadien der Entwicklung müssen rasch verlaufen.

Es sind nur zwei Möglichkeiten vorhanden. Entweder die Gegner erkennen sehr bald, daß die militärische Überlegenheit Deutschlands unterdrückt und den Vogen überlassen haben, dann wird sich umgänglich auf dem Boden der letzten deutschen Forderungen eine Einigung über den Waffenstillstand erzielen lassen, oder aber die Optimisten auf der Gegenseite bezahen Recht, und dann werden die Waffenstillstandsbedingungen aus den künftigen Verhandlungen von vornherein ausschließen und Deutschland wird dann nur die — sehr starke — Waffe des Simeiwes auf die Zukunft bleiben, für die unsere jetzigen Feinde kein nach Vergeltung und Rache rufendes deutsches Volk wünschen können. Militärisch ist der Krieg durch den Zusammenbruch sämtlicher Verbündeter des Deutschen Reiches, durch die erzwungene Aufgabe der handbrüchigen Rüste und fast ganz Nordfrankreichs in der Saubere entschieden. Er ist zu ungunsten Deutschlands entschieden, die letzten Tage müssen wir fast im Geistessehen. Nach einem verlorenen Krieg bleibt uns nur der Verlust übrig, einen Frieden zu gewinnen, in dem das deutsche Volk als freies Volk unter freien Wählern wohnen kann. Dieser Verlust ist bereits im Gange, und die Lebenszeit der Kämpfer im Felde neigt sich fast dem Ende zu.

In der Nordd. Allg. Zeitung heißt es: Die deutsche Note ist sachlich und inhaltlich das Ergebnis langer Verhandlungen und stellt sich dar als übereinstimmende Meinung aller zur Klärung berufenen Stellen in der heutigen deutschen Volksgemeinschaft. Die Note stellt Fragen von neuem vor die verantwortungsvolle Frage, ob er die deutsche Friedensbereitschaft als Spiel benutzen will, um seine Ziele zu verwirklichen werden zu lassen oder ob er sich vor den Mächten beugt, die jetzt noch die Fortsetzung des Krieges verlangen, um auch künftig die Welt nach den Grundrissen der Macht und der Gewalt regieren zu können. Die Zeit. In. sagt: Im Präsidenten Wilson ist es jetzt den Weg weiterzugehen, den er zu freieren begonnen hat, um dem er noch neuerdings gequert hat. Deutschland hat für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit jetzt unendlich viel getan und Opfer gebracht, was auch ein Feind anerkennen muß. Jetzt ist es an der anderen Seite, zu zeigen, ob man dort auch Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für andere Völker will. Wie auf den deutschen Völkern, so werden wir auch auf den bösen Willen die richtige Antwort finden.

Die Neue Zürch. Ztg. bemerkt: In jungen sie zu zeigen, daß die deutsche Note auf einen milden Ton gestimmt ist, aber nicht das erwünscht, was durch Wilson verlangt wurde. Es handelt sich jetzt einzig darum, ob die deutsche Regierung und ihre Helfer Wilson zu überzeugen vermögen, daß das alte System in Deutschland dauernd zur Machtlosigkeit verurteilt ist.

Das Ende des Militarismus und des persönlichen Regiments.

Man hat viel darüber gepöbelte, daß Deutschland eine Parlamentarisierung des Parlament und eine Volksgemeinschaft ohne die Stimme des Volkes mache. Solcher Spott ist abwegig. Parlamentarische Regierungsweise besteht nicht darin, daß zu jeder Stunde die Volkvertretung verammelt ist und in jedem Entwicklungsstadium hineinredet, sondern darin, daß die Führer der Parlamentsmehrheit die politischen Geschäfte leiten. Die letzten Monate haben doch wirklich weltbewegende Ereignisse mit sich gebracht; aber die Mutter der Parlamente, das englische Unterhaus, hat deswegen seine Ferien nicht unterbrochen; seine Vertrauensleute nehmen ja die Interessen des Reiches wahr.

Auch die große politische Debatte, auf die nun drei Tage lang Deutschland losgehen wird, findet noch keine fertige Entscheidung vor. Doch immer kann niemand auch nur mit einiger Bestimmtheit sagen, ob es möglich sein wird, mit Hilfe Wilsons durch viele deutsche Fragebogen zu einem vereinbarten Frieden zu gelangen, oder ob die Feinde nach dem Willen ihrer Gewissenshaft auf bedingungsloser Unterwerfung bestehen und dadurch Deutschland vor die äußerste schwerste Entscheidung stellen.

Die deutsche Antwortnote an den Präsidenten Wilson kommt auch seinen letzten Nachforderungen weit entgegen. Der Unterabdruck wird zwar nicht eingestellt, aber so

stark eingeschärft, daß nach menschlicher Voraussicht der Vorwurf besonderer Grausamkeit gegen ihn nicht mehr erhoben werden kann. Die behaupteten Greuel und Verwüstungen werden zwar energisch bestritten, aber dem Urteil neutraler Kommissionen unterworfen. Für die Waffenstillstandsbedingungen wird die Zuständigkeit der feindlichen militärischen Befehlshaber anerkannt.

Wesentliche deutsche Kriegsinteressen werden damit für die Erreichung des Friedens gesichert. Die Deutsche Zeitung, das Organ der Altsoldaten, zeigt eine Spur vernünftiger Einsicht, wenn sie dieses Vorgehen folgerichtig nennt. Aber dem Präsidenten Wilson das Waffenstillstandsangebot gemacht habe, wer seine berechtigten Wünsche anmahnt, mußte auf dieser Bahn weiterfahren. Der Friedensfäden, den Deutschland angeponen hat, darf unter keinen Umständen durch deutsche Schuld oder Mißstand reizen. Und wenn Graf Reventlow — er schreibt noch immer — gerortend fragt:

„Sindet sich die Regierung mit dieser Einschränkung des Weltkrieges wieder einmal im vollen Einverständnis mit der Kriegseinstellung und der Vereinstellung?“

Das Wesentliche an der deutschen Antwortnote ist die Darlegung des grundlegenden Wandels in Deutschlands innerer Verfassung. Die neue Regierung bekund hat frei von jedem willkürlichen und übernatürlichen Einfluß, getragen von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Sie bietet Gewähr für die Dauer des neuen Systems durch den geschlossenen unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Dieser Wille des deutschen Volkes muß in den heute beginnenden Reichstagsdebatten Ausdruck und Verwirklichung finden. Das persönliche Regiment und der mit ihm untrennbar verknüpfte Militarismus, d. h. die Einwirkung von Volkswillen unabhängiger Militärkreise auf die wichtigsten politischen Entscheidungen, müssen völlig ausgerottet werden. Die notwendigen Schritte dazu sind die volle Entscheidung des Parlamentes über Krieg und Frieden, gleichviel ob der Krieg als Angriff- oder Verteidigungskrieg bezeichnet wird; die Verfassungsreform, durch die der Kanzler in Zukunft nur mit Zustimmung der Reichstagsmehrheit berufen werden darf und auf ihr Verlangen sofort zu entlassen ist; die Unterstellung des Generalstabes unter den dem Parlament verantwortlichen Kriegsminister; die Ernennung der Offiziere und die Führung der gesamten Militärverwaltung nicht mehr durch das Militärkabinett, das zu einer rein höfischen und repräsentativen Funktion herabgedrückt werden muß, sondern durch den Kriegsminister.

Für eine durchgreifende Demokratie bleibt auch nachher viel zu tun. Parlamentarisierung in den Einzelstaaten, Befestigung der Verhältnisse, Verhältniswahl, Frauenwahlrecht usw. Das sind später Gegenstände der inneren Neuordnung. Am Augenblick gilt es vor allem diejenigen Maßnahmen zu treffen, die man in den feindlichen Staaten als demokratische Friedensbedingungen gegen Militarismus und Kaiserismus ansetzt. Die Gesamtfrage drängt dazu, gerade diese Reformen ohne jedes Säumen durchzuführen. Reichstag und Regierung sind hierfür an der Arbeit. Soffentlich erwünscht ihrer Bemühung Friedensfrucht.

In der heutigen Reichstagsstimmung wird zuerst der Reichskanzler das Wort nehmen, um zur politischen Lage zu sprechen. Er wird die auf der Tagesordnung stehenden Verfassungsänderungen vertreten und weitere Gesetzentwürfe anknüpfen, die sich in der Richtung der Durchführung der Parlamentarisierung und Demokratisierung bewegen. Die auf der Tagesordnung stehenden Verfassungsänderungen sind der Annahme sicher. Dem Artikel, der die Verfassung der Kriegserklärungen von der Zustimmung des Reichstages abhängig macht, wird man eine allgemeine Form geben, so daß auch die Einleitung eines Verteidigungskrieges in diesen Rahmen fallen wird. Es wird sodann mit der allgemeinen Ausdrucks der inneren und äußeren Politik begonnen werden. Hierzu werden die Abgeordneten Gerold für das Zentrum, Ebert für die Sozialdemokratie, Dr. Naumann für die fortschrittliche Volkspartei und Dr. Stresemann für die Nationalliberalen das Wort nehmen.

Partischer Partikularismus.

St. Die Wünder Post spricht in ihrer Sonntagsausgabe: offen über geistliche Einrichtungen im Süden des Reiches, von denen bisher nur sehr wenig gerant wurde. In den verschiedenen Bevölkerungskreisen Bonens — so stellt sie fest — hört man öffentlich die 1870 geschlossene Gemeinschaft mit Breuen verurteilen. Offen wird darin gesprochen, daß man Breuen im Stille lassen und durch Anschlag an die deutsch-österreichischen Bande mit Zustimmung der Entente ein neues Staatsgebilde schaffen solle. Feindliche Flugblätter, feindliche Kriegsgelänge und innerparteiliche reaktionäre Elemente zwingen sich zu diesem Wert der Selbstverurteilung deutscher Volkstrotz. Politisch

dynastische Träume, die längst zu Grabe getragen schienen, erhoffen jetzt wieder Verwirklichung, da das Unglück der Nation dem Volke die Arbeit des Bildes triibt.

Die Wünder Post, welche im Kampfe gegen die preußischen Junker ganz vorn bei den Schrittrups war, erhebt gegen diesen Rückfall in die Kaiserzeit, der seine Spitze gerade gegen das demokratische Reich richtet, scharfen Einspruch. „Sollten wir selbst die Jesuitenpredigt befehlen“, sagt sie, „und gestützt mit demselben selbst unseren Körper, so haben Frankreich und England ihr Kräftegeheh; mit Ruhe und Frieden ist es vorbei; deutsches Blut wird wieder gegen deutsches Blut fließen, fremdes Recht wird bei uns herrschen, und Ausdrutung bis zum Weibsteiben mit der Folge sein. Nur dann, wenn ein geinates deutsches Reich in den Völkern eintritt, wird der Völkerride verbergt, der allein uns die Möglichkeit bietet, uns in langjähriger Friedenssüchtigkeit aus dem Unglück, in dem wir uns jetzt befinden, wieder frohsoll emporzarbeiten.“

Die Welle dieser partikularen Bewegung schlagen bereits an alle der partikularen Gehehungen. Ein Antrag des Zentrums in der bayerischen Kammer fordert für die Einzelstaaten das Recht zur Erziehung von Konvikaten, während umgekehrt die Liberalen eine Erziehung der unrichtigen Reichstreu Bonens vordringen. Von allem Unglück, das Deutschland treffen könnte, wäre das Wiederauftreten des einflussreichen Partikularismus das schwerste. Die Erziehungsarbeit gegen ein wirtschaftliches Gebiet, im Konviktatswesen beginnen zu wollen, dazu gehört ein Maß von Einheitslosigkeit, das man fünfzig Jahre nach der Reichsgründung wirklich keinem Menschen mehr hätte zutrauen sollen. Die partikuläre Bewegung sollte nicht zögern, ihre Stellung gegen solche Pläne zu nehmen, und auch der Wünder Post sollte keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß er allen reichsfeindlichen Bestrebungen fernsteht.

Die nächsten Schritte der Sozialdemokratie im sächsischen Landtage.

Die sozialdemokratische Bundtagsfraktion, die am Montag, den 14. Oktober, zur Besprechung der Lage zusammengetreten war, hat gestern in einer Sitzung ihre vorläufigen Beratungen durch die Annahme mehrerer Interpellationen und Anträge beendet. Vor Eintritt in die Verhandlungen berichtete der Fraktionsvorsitzende über Verhandlungen, die mit der Regierung auf deren Wunsch gepflogen worden sind, um die Meinungen und Wünsche der Fraktionen kennen zu lernen. Dabei sind natürlich die Wahlrechtsfrage im Vordergrund. Von unseren Vertretern wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß die Fraktionen auf dem unbedingten, gleichen Wahlrecht bestehen werden. Die Regierung scheint gewillt zu sein, das gleiche Wahlrecht ohne jede Zugeständnisse einzuführen, den Einfluß der Sozialdemokratie aber durch ein besonders ausgeglichenes Verhältnisverhältnis nach Möglichkeit einschränken zu wollen. Die Ausdrucks zwischen der Regierung und den Fraktionen sind noch nicht beendet, so daß sich über die endgültige Stellung der Regierung noch nichts sagen läßt. Die Sozialdemokratie kann und wird sich natürlich durch solche Unterhaltungen nicht beeinflussen lassen, ihre Politik ist für die kommenden Tage der Bedeutung der Zeit entsprechend bereits festgelegt. Ihre nächsten Schritte kommen in folgenden Interpellationen und Anträgen zum Ausdruck:

- Interpellation.**
1. Welche Stellung hat die sächsische Regierung im Bundesrat zu den Fragen der demokratischen Neugestaltung und der Schaffung einer parlamentarischen Regierung im Reich eingenommen?
 2. Was gegen sie zu tun, um dem Programm der neuen Reichsregierung entsprechend auch für die Landtagswahlen in Sachsen das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen?
 3. Wie stellt sie sich zur Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems in Sachsen?
 4. Ist sie gewillt, zur Reform der inneren Verwaltung auf der Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu den Gemeinde-, Bezirks- und Kreisvertretungen dem Bundtage sogleich eine Vorlage zu unterbreiten?

Antrag.

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Annahme aller wegen politischer Handlungen Verurteilten reiflich durchzuführen und für angemessene Entschädigung aller von Verurteilten oder sonstigen Maßregeln der militärischen oder zivilen Verbänden Betroffenen Sorge zu tragen.

Antrag.

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. dem Bundtage mit größter Beschleunigung eine Vorlage zu unterbreiten, durch die namentlich für den Übergang vom Kriegs- zum Friedenswahlrecht die Arbeitsvermittlung allgemein durchzuführen, 2. die staatliche Unterhaltung aller Gefangenen bis zur Erlangung eines ausreichenden Erwerbs gestiftet wird, und 3. die erforderlichen Geldmittel bis auf weiteres durch den Staat bereitgestellt werden;

2. im Bundesrat für eine durchgreifende Regelung des Unterhaltungsrechts und für die Erhaltung der einseitigen Unterhaltungsrechte durch das Reich einzutreten; 3. ein Bundesratsamt zu errichten und diesem alle Arbeitstragen zur Bearbeitung und Erledigung zu überweisen.

Antrag.

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß

1. staatliche Arbeiten sofort in Angriff genommen;
2. staatliche Arbeiten und Verkehrsarbeiten sogleich fortgesetzt werden;
3. die in den Händen der Herrenschaften befindlichen und alle sonst vorhandenen Holzbestände für die landwirtschaftliche, industrielle und neuereiche Produktion, sowie die verfallenen Lagerungsmittel- und Befestigungsstände unerschöpflich zur Verwendung freigegeben werden.

Antrag.

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat dafür einzutreten, daß zur Abtragung der Kriegsschulden und zur Herstellung eines gerechten Steuerwesens das Reich in voll-

Donnerstag, 21. Oktober. (Amst.) Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Beschlusses der Kommission der Besetzung des Reiches...

Interpellation. Was hat die Regierung getan, um die Fortsetzung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Schuhen, Heizstoffen und Heizungsanlagen zu sichern?

Interpellation. Welche Maßnahmen hat die Regierung ergriffen, um die derzeitigen Vermögensverluste und ihrer zu erwartenden Steigerung rechtzeitig zu begegnen?

Was hat sie insbesondere für die Beschleunigung der notwendigen Vorarbeiten in den Staatsbetrieben der notwendigen Kohlen und Zement (Druckluft 158) getan?

Was gegen die Regierung zu tun, um die Wahrung der Rechte und der Interessen der minderbemittelten Bevölkerung im Widerstande sicherzustellen?

Parlamentarisierung und Sozialreform. Es ist sehr bemerkenswert, dass die deutsche Industrie in den letzten Jahren...

Der Krieg im Westen. Der deutsche Abendbericht. Berlin, 21. Oktober abends. (Amst.) Der Feind befindet sich an der Kampffront an Zellangriff, die von uns abgewiesen wurden.

Untersuchung der Forderungen an der Westfront. Zur Untersuchung der Wahrheit der Behauptungen über angeblich massige Verwundungen und Verstärkungen...

Douai durch die Engländer zerstört. Amst., 22. Oktober. Der Heerführer der Alliierten meldet aus Douai: Plünderung als Raubraub...

Die Räumung der belgischen Gebietsteile. Die niederländischen Blätter bringen bereits Sonderberichte aus dem belgischen Grenzgebiet...

Defesterrischer Heeresbericht. Wien, 21. Oktober. Amst. wird verlautbart: Auf dem italienischen Kriegsschauplatz keine größeren Kampfergebnisse...

Wien, 21. Oktober. Amst. wird gemeldet: In einer der Blätter, die von Rom aus erschienen sind, steht ein geheimes Verbot...

Annexierte Belgien und Neutrale.

Der Generalgouverneur Generaloberst Freyher von Falkenhayn hat am 18. Oktober d. J. allen Belgiern und Angehörigen neutraler Staaten...

Entente-Treibereien in Holland.

Die öffentliche Meinung in Holland wurde in den letzten Tagen offenbar durch die Propaganda der Entente...

Das dänische Verlangen nach Volksabstimmung in Nord-Schleswig.

Berlin, 21. Oktober. Die Nord. Allg. Zeit. schreibt halbmündlich: In verschiedenen Blättern sind Nachrichten aufgetaucht...

Unabhängigkeitserklärung der tschechoslowakischen Nationen.

Budapest, 21. Oktober. (A.-L.) Der tschechoslowakische Nationalrat hat offiziell den Entente-Regierungen die Unabhängigkeitserklärungen...

Die Nationalversammlung der Deutschen in Wien.

Der gemeinsamen Proklamation aller in der Nationalversammlung vertretenen tschechischen, ungarischen, polnischen, kroatischen, serbischen, slowakischen, galizischen, litauischen, lituanischen, lettischen, estnischen, finnischen, dänischen, schwedischen, norwegischen, dänischen, schwedischen, norwegischen, dänischen, schwedischen, norwegischen...

Die neuen Mitglieder der Regierung beim Kaiser.

Der Kaiser empfing gestern in Gegenwart des Reichskanzlers die neu ernannten Staatssekretäre: Seidenmann, Ober, Erzberger, Haugmann, Trimborn, Bauer und die Unterstaatssekretäre...

Die preussischen Konservativen gegen Wilson.

Sehebrand und Graf Schrappe rüsten namens der konservativen Parteileitung eine Rundschreibung an ihre Leute im Lande...

Defesterrischer Heeresbericht.

Wien, 21. Oktober. Amst. wird verlautbart: Auf dem italienischen Kriegsschauplatz keine größeren Kampfergebnisse...

Der Wortlaut der deutschen Antwort.

Berlin, 21. Oktober. (Amst.) Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Beschlusses der Kommission der Besetzung des Reiches...

Die deutsche Regierung legt Verzögerung ein gegen den Entwurf ungeschlichteter und unneutraler Verhandlungen...

Am alles zu verheilen, was das Friedensverbot erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung...

Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Als grundlegendes Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht...

Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung...

Die Frage des Präsidenten, mit wem er sich gegen die deutsche Regierung verbündet, ist von ihm beantwortet...

Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung...

Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung...

Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung...

Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung...

Halle und Saalkreis.

Halle, 22. Oktober 1918. *Wegfall im Generalkommando. Der Regimentsführer...

*Gegen Ueberfüllung der Züge. Um der Ueberfüllung der Personenzüge in der nächsten Zeit zu begegnen...

*Wegfall in der Reiterbrigade. Durch ein Unfallschicksal eingetretene...

*Krank angefallen. Ein wundheilender Soldat wurde am Sonntag...

*Kampfergebnisse. In der Nacht zum Sonntag wurden aus einem Stollen...

*Wen gefahren die Anwaltschaft. Zwei Männer, die einen gefüllten...

